

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 33.

Montag, 10. Februar 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelnummern für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raskantstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Bekanntmachung.

Die Grundsteuer auf den 1. Termin laufenden Jahres wird den 1. Februar fällig und ist mit 2 Pfg. pro Steuerinheit baldmöglichst, längstens aber bis zum

14. Februar c.

an die hiesige Stadtsteuerannahme abzuführen.
Riesa, am 29. Januar 1896.

Der Rath der Stadt
Schwarzenberg, Stadtrath.

RdL.

Die zu Erweiterungsbauten im Vordachlager Truppenübungsplatz Zeitz, ein erforderlichen Arbeiten, als:

Postgebäude: Looß 1, Erd-, Maurer-, Steinmeyer- und Steinsetzearbeiten,

Looß 11, Zimmer- und Staalarbeiten,

Inf.-Scheiben-Depot: Looß 1, Erd-, Maurer-, Steinmeyer- und Zimmerarbeiten,

Looß 11 Steinsetzearbeiten,

sämtlich einschl. Materiallieferung, sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Zeichnungen und Verdingungsunterlagen liegen im Geschäftszimmer des unterzeichneten Baubeamten, Dresden-Albertstadt, Administrationsgebäude, Flügel C, I 94, zur Einsichtnahme aus und können Verdingungsanschlüsse gegen Erstattung der Selbstkosten daselbst entnommen werden.

Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „Truppen-Übungsplatz Zeitz, Postgebäude, bezw. Infanterie-Scheiben-Depot, Erd-, Maurer-, Steinmeyer- bezw. Zimmer- u. Arbeiten, Looß 1 bezw. Looß 11“ bis

Donnerstag, den 20. Februar 1896

Postgebäude: Looß 1 11 Uhr,

Looß 11 11 1/2 „

Inf.-Scheiben-Depot: Looß 1 11 1/2 „

Looß 11 11 1/2 „

postfrei an die obenbezeichnete Stelle einzureichen, woselbst die Eröffnung in Gegenwart der erschienenen Bieter erfolgen wird. Zuschlagsfrist 4 Wochen: Die Auswahl unter den Bietern bleibt vorbehalten.

Dresden, am 6. Februar 1896.

Königlicher Garnison-Baubeamter III Dresden.

Zur Währungskonferenz

gab der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe, in der Reichstags-Sitzung am Sonnabend folgende Erklärung ab:

Meine Herren, im Verfolg der von mir in der Sitzung des Reichstages vom 5. Februar v. J. abgegebenen Erklärung habe ich die Frage der Hebung und Festlegung des Silberwertes mit den verbündeten Regierungen in eingehender Erörterung gezogen. Dabei leitete mich die Ueberzeugung, daß das Schwanken und das starke Sinken des Silberpreises auch für uns und ungeachtet unserer auf der Basis der Goldwährung bestehenden monetären Situation wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe. (Bravo! rechts.) Wie der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts in der Reichstags-Sitzung vom 18. Februar v. J. ausführte, kommt in dieser Hinsicht zunächst die empfindliche Schwächung in Betracht, die der deutsche Silberberg auch durch den Preisrückgang des Silbers erleidet.

Die deutsche Silberproduktion umfaßt etwa 9 Prozent der Silbergewinnung der Erde. Für den überwiegenden, aus ausländischen Erzen dargestellten Theil dieser Produktion ist die Preisrückgang nicht von Belang; für den aus inländischen Erzen gewonnenen Rest bedingt er jedoch eine Werthverminderung, die so erheblich ist, daß sie die Rentabilität des auf Gewinnung von Silber gerichteten heimischen Bergbaues in Frage stellt. Dazu tritt die Beeinträchtigung unserer Exporte nach den Silberländern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Verkehr mit diesen Ländern durch das Sinken und die Schwankungen des Silberwertes erschwert wird. (Sehr richtig! rechts.) Wenn gleich die Schwankungen während der letzten Zeit sich in verhältnißmäßig engen Grenzen gehalten haben, und wenn gleich für die zu erzielenden die Möglichkeit besteht sich im Wege der Devisen gegen etwaige Verluste zu sichern. Nach die deutsche Exportindustrie, soweit sie für Silberländer arbeitet, ist durch jene Valutaverhältnisse in Mitleidenschaft gezogen. Ich unterschätze die Bedeutung dieser Einwirkung nicht; man wird sie aber auch nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Unser Export nach den Silberländern beträgt keinen Werth mehr als 3-4 Prozent unserer gesamten Ausfuhr. (Hört! hört! links) und hat sich ungeachtet der in Rücksicht auf den Silberpreis liegenden demnächst im Ganzen günstig entwickelt. (Hört! hört!) Die freilich kaum ein völlig umfassendes Bild der Verhältnisse liefernden Listen der Reichsstatistik erweisen dies.

Das Sinken der Valuta, wie solches für die Silberwährungsänderung aus dem Rückgang des Silberwertes so g., kann aber auch bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Ausgleichung durch entsprechende Erhöhung der Inlandspreise und Löhne sich vollzogen hat, zur Erleichterung der konkurrierenden Ausfuhr aus jenen Ländern beitragen. Endlich liegt in der durch den Silberfall herbeigeführten starken Unterwerthigkeit unserer Silbermünzen eine fortschreitende Devaluierung derselben zu Kreditgehalt. Allerdings glaube ich betonen zu sollen, daß diese metallische Unterwerthigkeit eine Gefährdung unserer Währung nicht darstellt, denn unser Verkehr ist mit Gold ausreichend gesättigt. Die Noten der Reichsbank finden in dem Goldschätze der Bank eine genügende Deckung, und die Menge des umlaufenden Silbergeldes geht nicht über das Maß des Bedarfs hinaus. (Sehr richtig!) Selbst in kritischen Zeiten dürfte dieser Bedarf eine Abnahme kaum erfahren. Wohl aber erscheint die Gefahr verwerthlicher Nachprägung durch die Unterwerthigkeit der Stücke näher gerückt. Bis jetzt ist zwar innerhalb Deutschlands nur in einem Falle aus dem Jahre 1893 eine derartige qualitativ sehr unvollkommene, quantitativ bedeutungslose Nachprägung festgestellt worden. Wenn aber auch die feineren Erzeugnisse weitgehende Beschränkungen nicht rechtfertigen, immerhin kann der Preisrückgang des Silbers zur Nachprägung anregen. Es scheint nach alledem die Hebung und Festlegung des Silberpreises als wirtschaftlich und münzwirtschaftlich wertvoll und demgemäß als ein erstrebenswerthes Ziel. (Hört! hört! rechts), so waltet doch kein Zweifel darüber, daß dieses Ziel sich nur international verfolgen läßt. (Sehr richtig! rechts), und daß seine Erreichung nur dann erhofft werden kann, wenn unter den sämtlichen an dem Weltverkehre wesentlich beteiligten Kulturvölkern über den einschlägigen Weg und die anzuwendenden Mittel Einverständnis besteht. Für ein solches Einverständnis bietet sich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse zur Zeit keine Aussicht. (Hört! hört! links.)

Von demmetallischen Seite ist anerkannt, daß als Vorbedingung jeder internationalen Maßregel zu Gunsten des Silbers die Wiederherstellung der inländischen Münzstätten für die unbeschränkte Silber-

prägung gelten muß. Ich kann dieser Auffassung nur beipflichten. Ich halte dafür, daß ohne dieses Zugeständniß alle Versuche, den Silberpreis zu heben, vergeblich sein würden. Ich habe aber auf Grund eines vorläufigen Meinungsaustausches, der gemäß meiner Meinung mit der englischen Regierung gepflogen worden ist, die Ueberzeugung gewonnen müssen, daß auf die Wiederherstellung jener Münzstätten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. (Hört! hört! links.) Nach alledem läßt sich von einer Münzkonferenz zur Zeit nicht erwarten, daß sie die Frage der Hebung und Festlegung des Silberwertes ihrer Lösung praktisch näher rücken würde. Es erscheint daher auch nicht rathsam, daß Deutschland die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz ergreift. (Sehr wahr! links.) Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben die verbündeten Regierungen einstimmig beschlossen dem Beschluß des Reichstags vom 18. Februar v. J. auf Einberufung einer Münzkonferenz zur Zeit keine Folge zu geben. (Bravo! links.) Ich darf jedoch hinzufügen, daß, wenn von Seiten eines anderen Staats annehmbare, erfolgversprechende programmatische Vorschläge gemacht werden sollten, ich meines Theils gern bereit sein würde, die Berücksichtigung Deutschlands an einer internationalen Berathung solcher Vorschläge in Aussicht zu nehmen. (Bravo rechts.)

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser verließ am Sonnabend auf Einladung des Großherzogs von Oldenburg etwas länger, als ursprünglich beabsichtigt war, in Oldenburg, um an der Familientafel im dortigen Schlosse theilzunehmen. Bei der Abreise des Kaisers gab der Großherzog demselben das Geleite bis zum Bahnhofe. Um 10 1/2 Uhr Abends traf der Kaiser in bestem Wohlbefinden wieder in Berlin ein. Gestern Vormittag machten der Kaiser und die Kaiserin den gewöhnlichen gemeinsamen Spaziergang. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, hörte der Kaiser daselbst den Vortrag des Chefs des Generalstabes und arbeitete darauf längere Zeit mit dem Generaladjutanten v. Hofnke. Später sprach der Kaiser bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn v. Marschall vor, mit dem er eine Unterredung hatte. Nachmittags begab sich der Kaiser mit dem fahrlanmäßigen Zuge 3 Uhr 5 M. zur Verichtigung der Rekruten des Füsilierbataillons des ersten Garderegiments z. F. nach Potsdam und übernachtete im dortigen Stadtschlosse.

Freiherr von Hammerstein, der schon einmal in Berlin eingetroffen sein sollte, ist gestern früh 6 Uhr unter der Bedeckung deutscher und italienischer Polizeibeamten aus Brindisi über Ala nach Berlin abgereist, wo die Ankunft Dienstag früh gegen 6 Uhr erfolgt.

Die „Germania“ behauptet, daß die Angriffe auf Herrn von Voetticher von Friedrichsruh nur deshalb erfolgten, weil derselbe nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck seine ungewöhnlich große Kraft und Arbeit dem Kaiser und dem Reich weiter zur Verfügung gestellt habe, statt sich der Bismarckschen Fronde anzuschließen.“ Wir glauben, daß wenn in Friedrichsruh Verstimmung gegen Herrn von Voetticher existirt, dieselbe ihren Ursprung nur in dem Verhalten dieses Ministers vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck haben kann.

Vom Reichstag. Das Haus trat am Sonnabend, nachdem der Reichskanzler die oben im Wortlaut mitgetheilte Erklärung zur Währungskonferenz abgegeben hatte, in die dritte Berathung des von den Abg. Barth (freis. Ber.) u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs über Abänderung des Reichswahlgesetzes zur Wahrung des Wahlgeheimnisses ein. Abg. Graf Mirbach (kons.) betonte, er habe in seiner bekannten vorjährigen Herrenhausrede einen Staatsstreik nicht im Auge gehabt; er wolle nur die Wahlpflicht

in Erwägung gezogen wissen, die Altersgrenze für die Wahlberechtigung heraufsetzen und die geheime Wahl beseitigen, bei der sogar Bestechungen vorkämen. Abg. Bache (Str.) bemerkte, seine Partei halte an dem geheimen Wahlrecht fest; wer den Mißbrauch des öffentlichen Wahlrechtes gesehen habe, könne dieses Wahlrecht nicht wünschen; Bestechungen seien bei seiner Partei nicht vorgekommen. Abg. Richter (freis. Ber.) wünschte eine nähere Aufklärung über den Sinn der Herrenhausrede des Grafen Mirbach, fragt, bei welcher Partei Bestechungen vorgekommen seien, und ist für Vertheilung des geheimen Wahlrechtes, weil mit dem öffentlichen Wahlrecht namentlich auf dem Lande Unzufriedenheit werden würde. Abg. Graf Mirbach (kons.) wiederholte, daß er bei seiner Herrenhausrede an keinen Staatsstreik gedacht habe. Bezüglich der Bestechungen verweise er auf die Wahl des verstorbenen Abg. Dirichlet und berufe sich auf die damalige Rede des früheren Ministers v. Puttkamer. Abg. Bindewald (dtsch. Rep.) trat für die geheime Wahl ein. Ebenso Abg. Auer (Soc.), der überdies für seine Partei erklärte, daß bei ihr keine Bestechungen vorkämen, und sich gegen die Heraufsetzung der Altersgrenze aussprach. Abg. Lieber (Str.) hob hervor, daß Graf Mirbach die Fragen, in welcher Partei Bestechungen vorgekommen seien und wie seine Herrenhausrede zu verstehen sei, nicht beantwortet habe. Abg. Graf Mirbach (kons.) führte aus, daß der juristische Beweis der Bestechungen nicht geführt werden könne, er verweise aber nochmals auf Dirichlets Wahl im Jahre 1881. Was seine Herrenhausrede betreffe, so bitte er, seiner Interpretation derselben nicht einen Sinn zu unterlegen, an den er nicht gedacht habe. Abg. Richter (fr. Volksp.) bedauerte, daß Graf Mirbach keine bestimmten Thatsachen bezüglich der Bestechungen anführe. Wenn bei der Wahl Dirichlets Bestechungen erfolgt wären, so hätte der Minister die Verpflichtung gehabt, strafrechtlich vorzugehen. Abg. Graf Mirbach (kons.) wies auf den stenographischen Bericht über die Rede des Ministers v. Puttkamer hin. Abg. Richter (fr. Volksp.) erwiderte, daß Graf Mirbach den stenographischen Bericht hier hätte vorlegen sollen, bevor er die Vertheidigung ausgesprochen habe. Abg. v. Marquardsen (natl.) stellte als langjähriges Mitglied der Wahlprüfungskommission fest, daß bei unseren Wahlen so gut wie gar keine Bestechungen vorgekommen seien, in keinem anderen Lande der Welt sei v. n. Bestechung so wenig die Rede, und darauf könne Deutschland stolz sein. Darauf wurde der Gesetzentwurf angenommen. — Es folgte sodann die Fortsetzung der ersten Berathung des von den Abg. Auer (Soc.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, das Recht der Versammlung und Vereinigung, und das Recht der Koalition betreffend, verbunden mit der ersten Berathung des von den Abg. Auer (fr. Volksp.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend: Vereins- und Versammlungswesen. Abg. Träger (fr. Volksp.) befürwortete eine einheitliche Regelung des Vereinsrechtes für ganz Deutschland. Abg. Bache (Str.) erklärte, daß seine Partei gegen die Anträge stimmen und für den Fall, daß diese abgelehnt werden sollten, eine Resolution beantragen werde, in welcher der Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzes zur öffentlichen Regelung des Vereins- und Versammlungswesens ersucht werden solle. Abg. Schall (kons.) hielt die Anträge für viel zu weitgehend, insbesondere sei er gegen die Gleichberechtigung der Frauen. Abg. Bueß (Soc.) befürwortete den Auer'schen Gesetzentwurf. Darauf war die Verhandlung auf den nächsten Schwerinstag vertagt.